

Hintergründe zum dänischen Karikaturenstreit

Der Streit um die Karikaturen, die in der dänischen Zeitung „Jyllands-Posten“ am 30. September 2005 veröffentlicht wurden, hat nach den Botschaftsbränden in Damaskus, Beirut und Teheran im Februar 2006 dramatische Züge angenommen. Er erscheint immer mehr losgelöst von dem Kontext, in dem er begonnen hat und den in Erinnerung zu bringen hilfreich sein mag.

I. Der dänische Kontext

Es ist weder ein Zufall, daß die Zeichnungen in Dänemark publiziert wurden, noch daß die Reaktionen des offiziellen Dänemarks gerade so ausfielen. Gleichzeitig fallen die Ereignisse zusammen mit Entwicklungen in der dänischen Gesellschaft, die ein wenig die Vehemenz der islamischen Reaktionen, aber auch die ihnen zugrundeliegenden Spannungen verdeutlichen können.

Ein homogenes Land

Das dänische Kernland bestand aus Jütland bis zur ältesten dänischen Südgrenze („Danevirke“ an der Schlei, seit ca. 737 n. Chr.), den Inseln (Fünen, Seeland usw.) sowie den schonischen Provinzen (Skåne, Halland, Blekinge, seit dem Frieden zu Roskilde 1658 in mehreren Schritten schwedisiert). Die Geschichte der Schwedisierung ist heikel und muß nach heutigen Normen als Ethnozid klassifiziert werden. Die Intelligenz und der Adel wurden getötet oder vertrieben. Jeglicher Kontakt mit Dänemark wurde verboten, dänische Geistliche wurden durch schwedische ersetzt. Viele Bauern wurden nach Nordschweden zwangsumgesiedelt, gefoltert oder als Frontsoldaten wider Willen in den Rußlandkriegen eingesetzt. Der Gebrauch der dänischen Sprache wurde verboten. Die Wunden dieser Übergriffe sind noch nicht verheilt, zumal eine neutrale Geschichtschreibung dieser Epoche noch immer nicht möglich scheint, auch nicht in einem nordischen Kontext. Selbst im Rahmen des nordischen Rates kämpften schonische Vertreter vergeblich um die Anerkennung ihrer kulturellen Eigenart.

Inzwischen hat besonders die Öresundquerung eine neue Entwicklung eingeleitet, denn Skåne und die Region Kopenhagen nähern sich ökonomisch und kulturell zunehmend an. Dies war auch so bei der Einrichtung der festen Verbindung gerade

zwischen Malmö und Kopenhagen beabsichtigt, also nicht an der schmalsten Stelle des Öresunds zwischen Helsingör und Helsingborg¹.

Bis 1866 war die dänische Monarchie ein Sammelsurium, ähnlich wie die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn. Grundsäule war die Doppelmonarchie Dänemark-Norwegen, die von 1387 bis 1814 bestand. Zu ihr gehörten Island, die Herzogtümer Schleswig und Holstein, zeitweise andere Grafschaften und Herzogtümer wie Oldenburg, Delmenhorst, Lauenburg und Besitzungen wie die karibischen Jungferninseln St. Thomas, St. Croix und St. Jan (1917 an die USA verkauft), außerdem „Unikate“ wie Trankebar (an der Südküste von Tamil Nadu im Süden Indiens) und die estische Insel Ösel. Grönland und die Färöer waren und sind Teil der dänischen Reichsgemeinschaft, die diese beiden Gebiete und Dänemark selbst umfaßt. Es war in Estland, wo zumindest der Sage nach die dänische Fahne („Dannebrog“) am 15. Juni 1219 in einer Schlacht mit der Verheißung eines Sieges vom Himmel schwebte. Die Fahne selbst wird im Alltag viel verwendet: bei Geburtstagen, zur Dekoration in allen möglichen Formen, als Girlande (z.B. auf dem Weihnachtsbaum), auf Geschenkpapierbögen und Produkten usw. Darin kommen aber weniger Nationalismus als vielmehr Vaterlandsliebe und Dekorfreude zum Ausdruck.

Bis zum Erstarken Schwedens und später Rußlands war Dänemark im ausgehenden 17. Jahrhundert *die* nordische Großmacht. Mit Schweden bestand von 1397 bis 1523 eine Personalunion in der sogenannten Kalmarer Union. Norwegen mußte beim Wiener Kongreß an Schweden abgetreten werden, nachdem schon 1807 die gesamte See- und Handelsflotte von England konfisziert worden war². Bereits 1801 hatte man mit der Anpflanzung von Eichen für Neubauten begonnen. Nach dem Verlust von 1807 stellte die Admiralität alle Eichen unter Schutz und begann sogleich mit der Anpflanzung von Eichenwäldern, die nach ungefähr 140jähriger Reifung als neues Holz für den Schiffsbau dienen sollten (auf ein Linienschiff gingen ca. 1500 ausgewachsene Eichen). Als es soweit war, hatte sich die Stahlbauweise durchgesetzt. Deswegen finden sich zum Beispiel in Nordseeland große Waldstücke abholzreifer Eichen. Im Jahr 1813 folgte der Staatsbankrott.

Nach dem dänisch-preußisch-österreichischen Krieg (1864/1866) fielen ganz Schleswig und Holstein an Preußen und damit an das sich etablierende deutsche Kaiserreich. Mehrheitlich dänischsprachige Teile Nordschleswigs (das auf dänisch Sønderjylland, d.h. „südliches Jütland“ – weil südlicher als Südjütland – heißt) wurden durch Abstimmungen unter Völkerbundaufsicht mit Dänemark 1920 vereint. Dänemark nahm dabei, wie auch nach dem Zweiten Weltkrieg, nicht das Angebot der jeweiligen Siegermächte wahr, sich Südschleswig oder gar Holstein einzuverleiben, da man nicht eine größere deutschsprachige Minderheit als die schon in Sønderjylland vorhandene wünschte. Man nahm bewußt das Verbleiben dänischsprachiger Bevölkerungsgruppen südlich der auch heute noch existierenden Grenze von 1920 in Kauf, um eine mehr heterogene Nation zu vermeiden.

Kerngedanke dänischer Innenpolitik ist die Bewahrung einer homogenen Na-

tion: gemeinsame Sprache, Kultur und Religion. Dabei ist zu beachten, daß Grönland, wie auch die Färöer, als integrativer Teil der dänischen Monarchie verstanden werden, obwohl sie sprachliche und (teilweise) kulturelle Einheiten bilden, die aber seit 1536 durch dieselbe Ausprägung evangelisch-lutherischer Konfession und die gemeinsame Geschichte geeint sind.

Kerngedanke dänischer Außenpolitik war nach dem Verlust der schonischen Provinzen ihre Wiedergewinnung. Seit der traumatischen Niederlage von 1864/66, als der Fortbestand des Landes fraglich schien, wurde dieser abgelöst vom Isolationismus. Er zeigte sich unter anderem an der Neutralität im Ersten Weltkrieg, der heute noch spürbaren, sehr zögerlichen Integration in die EU nach 1973 und in der ausgeprägten „Fußnotenpolitik“ im Verhältnis zum NATO-Doppelbeschluß von 1983 bis 1988.

Bis zur Niederlage von 1864/66 war Dänemark eine typische See- und Handelsmacht mit einem reichen Anteil an internationalen Engagements – privaten³ (die belgische Kolonisierung des Kongo erfolgte in großem Ausmaß mit Hilfe dänischer Seeleute) ebenso wie öffentlichen: Kulturell und ökonomisch bestand ein reger Austausch mit anderen Ländern und Kulturen. Sowohl die Sammlungen des Nationalmuseums wie auch die Stadtarchitektur Kopenhagens zeugen von reicher ausländischer Inspiration. Bezeichnend ist zum Beispiel, daß Curry auch in der „traditionellen“ dänischen Küche verwendet wird und im Norden eher als dänisches denn als exotisches Gewürz angesehen wird. Nach der Niederlage kam es zu einer bewußten Kehrtwendung nach innen („Was außen verloren war, muß innen wiedergewonnen werden“). Massive Investitionen in Land-, Produktions- und Erziehungsreformen waren die Folge. In den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts sollten die Anfänge des sozialen Wohlfahrtsstaats das Land wieder überlebensfähig machen. Hier beginnt der Mythos des „Legolands“: des kleinen, wohlgeordneten Idylls abseits weltpolitischer Unwetter.

Bis weit in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein war Dänemark eine der homogensten Nationen Europas mit einem in den 60er Jahren – im Vergleich zur Bevölkerungszahl von kontinentaleuropäischen Ländern – überraschend hohen Lebensstandard. Die Homogenität äußerte sich auch im alltäglichen Leben: Die Straßenbeschilderung (besonders von Ortsnamen) war eher dürftig (man nahm an, jeder wisse, wo er sich befindet), auf dem Kopenhagener Hauptbahnhof wurde erst in den 70er Jahren durchgehend Stationsnamen angebracht (wiederum weil man annahm, daß das Ziel eindeutig sei), und im Sprachgebrauch war (und ist) die Ellipse gebräuchlich, das heißt die Verwendung nicht vollendeter Sätze, bei denen beiden Beteiligten klar ist, was gemeint ist („Könntest Du...?“, „Entschuldigung, aber...“). Bei den Eßgewohnheiten gilt noch heute, daß die Mehrheit der Bevölkerung unabhängig von ihrer sozialen Zugehörigkeit am Heiligen Abend zum Beispiel entweder Ente, Gans oder Schwartenschweinebraten zu sich nimmt, mit Reis à la mande oder Reisbrei zum Dessert. Deswegen war es am 24. Dezember 2005 eine landesweite, in den Medien verbreitete Hiobsbotschaft, daß bei einer Molkereiabfüllung verse-

hentlich Milch in Sahnekartons gefüllt worden war. Die Nachricht sollte häusliche Katastrophen verhindern, denn Reis à la mande benötigt Schlagsahne. Traditioneller dänischer „frokost“ enthält bestimmte Elemente in festgelegter Reihenfolge, die unabhängig von der sozialen Zugehörigkeit erwartet und serviert werden (ingelegter Hering, eventuell Garnelen, gebratenes Fischfilet, kleines Filet oder ähnliches, Aufschnitt, Käse).

Selbst nach der Einwanderung besonders von Flüchtlingen und ihrer Familien aus nichtwestlichen Ländern in der zweiten Hälfte der 70er Jahre betrug 1980 die Zahl der Einwanderer und ihrer Nachkommen nur drei Prozent der Gesamtbevölkerung. 2004 lag diese Quote bei 8,2 Prozent⁴, hauptsächlich verursacht durch Einwanderung von Menschen aus nichtwestlichen Ländern, durch Familienzusammenführung infolge des sehr liberalen Ausländergesetzes von 1983. Hier liegt ein Element des Konflikts. Die Gesamtbevölkerung des Landes betrug im dritten Quartal 2005 fast fünfeneinhalb Millionen, nämlich 5 425 420 Menschen⁵.

Ein christliches Land

Die dänische Gesellschaft ist vom Christentum lutherischer Prägung geradezu durchsäuert. Zwar gibt es deutliche Säkularisierungstendenzen, doch sie nehmen in letzter Zeit ab. Und es gibt eine Vielzahl von ganz selbstverständlichen christlichen Referenzen auf allen Ebenen der Gesellschaft.

Die evangelisch-lutherische Kirche wird vom Staat unterhalten, hauptsächlich mittels der Kirchensteuer. Nach dem dänischen Grundgesetz von 1953 geschieht dies, weil diese Kirche die Kirche des dänischen Volkes ist⁶. Die Argumentation ist „völkisch“ (ohne NS-Konnotation). Diese Tatsache hat nach wie vor Gültigkeit: 83,1 Prozent der dänischen Bevölkerung waren zum 1. Januar 2005 Mitglied der dänischen Volkskirche. Andere Glaubensgemeinschaften, wie zum Beispiel die katholische Kirche, die offiziell zum Stichtag 31. Dezember 2004 nur 37 648 Gläubige umfaßte, werden durch königliche Resolution anerkannt.

Die Volkskirche umfaßt eine große Zahl an Interpretationen christlich-lutherischer Lebensweise und ihrer Begründungen; in anderen Ländern würde sich eine solche Pluralität wahrscheinlich in eigenen Konfessionen ausdrücken. So sind Pietisten, orthodoxe Lutheraner, politische lutherische Christen alle unter dem Dach dieser Volkskirche zumindest dem Namen nach geeint, mit zum Teil großen dogmatischen und praktisch-theologischen Unterschieden. Gleichzeitig besitzt sie keine synodale Struktur. Jegliche Versuche, ein einheitliches Sprachrohr der Volkskirche zu etablieren, wurden mehrheitlich abgelehnt. Es kann also niemand im Namen der dänischen Volkskirche sprechen. Auch ihre eigentliche Verfassungsstruktur bleibt unklar⁷. Bezeichnendes Beispiel dafür ist, daß weder das Grundgesetz noch andere Gesetze explizit festlegen, daß die Königin das Oberhaupt der evangelisch-lutherischen Kirche sei, sie aber sehr wohl als solches aufgefaßt wird, weswegen sie zum

Beispiel die Bibelübersetzung und kirchlichen Rituale autorisiert⁸. Formaljuristisch ist das Parlament gesetzgebendes Organ der Volkskirche, wobei alle Gesetze prinzipiell erst durch die königliche Autorisierung Gültigkeit erlangen. Der Kirchenminister, der formal im Auftrag der Königin handelt, überwacht die Umsetzung und Einhaltung dieser Gesetze und nimmt gleichzeitig eine Reihe von Arbeitgeberfunktionen für die verschiedenen Angestelltengruppen der Volkskirche wahr, darunter auch für die Priester.

Eine Trennung von Kirche und Staat fände keine politische Mehrheit und wird auch seitens der Bevölkerung nicht forciert. Da die Kirchengemeinden außer in den zeitweise durch Preußen besetzten Landesteilen – hier gibt es Standesämter preußischen Modells – auch standesamtliche Aufgaben wahrnehmen, besonders die Zivilregistratur, sind die Priester verbeamtet. Von den Neugeborenen werden im Landesdurchschnitt die meisten getauft, in einigen Gemeinden alle (von den 2003 geborenen Kindern dänischer Staatsbürger wurden 79,1 Prozent getauft, 75,5 Prozent aller 2003 geborenen Kinder). Aus theologischen Gründen gibt es keine offizielle Kirchenbesuchsstatistik; dies würde als Werkgerechtigkeit gewertet.

Die meisten Kirchengebäude stammen aus katholischer Zeit und werden von den Kirchengemeinderäten unterhalten. Sie werden als Kulturerbe betrachtet und entsprechend gepflegt, weswegen bei Kirchen, die über 100 Jahre alt sind, bei Renovierungsprojekten die Bistumsleitung unter anderem das Nationalmuseum heranziehen muß. Bei geplanten Hochbauten in den weitgesteckten Sichtlinien der häufig auf Hügeln erbauten Landkirchen hat das jeweilige Bistum ein planungsrechtlich gesichertes Anhörungsrecht.

Von Montag bis Samstag überträgt der öffentliche dänische Rundfunk um 8.07 Uhr die Morgenandacht aus der Kopenhagener Domkirche. An allen Sonn- und Feiertagen wird das dänische Hochamt der Volkskirche von 9.55 bis 11.05 Uhr im Radio übertragen. Dazu kommt eine Vielzahl von festen Programmen zu Glaube und Kirche. Seit 2006 wird zusätzlich jeden Dienstag um 14 Uhr eine Reihe über „Christentum in Fleisch und Blut“ gesendet, über 25 Wochen hinweg. Wegen des steigenden religiösen Interesses hat weiter das öffentliche dänische Fernsehen („DR“) ein neues Gottesdienstangebot entwickelt: In einer dafür zur Verfügung gestellten Kirche werden jeden Sonntag außer im Juli um 14 Uhr mit eigens dazu eingeladenen Kirchengemeinden Gottesdienste übertragen. Es sind hierfür elf Priester mit entsprechendem Interesse gebeten worden, einen Monat lang den jeweiligen Sonntagsgottesdiensten vorzustehen. Die Gottesdienste werden bewußt für das Medium Fernsehen gestaltet und haben daher als Zielgruppe die Zuschauer, obwohl sie natürlich auch für die mitfeiernden Kirchgänger erbaulich sein sollen. Somit verdreifacht das dänische Fernsehen die Gottesdienstübertragungen, die auch die Mitternachtsmesse zu Weihnachten aus dem Petersdom umfaßt, auf nun 48, um gestiegenen Zuschauerwünschen entgegenzukommen. Es ist auch eigens ein

breitgefächertes Internetportal zu Glaube und Kirche auf der Homepage des Fernsehens eingerichtet worden (www.dr.dk/tro).

Kirchenlieder werden als nationales Liedgut betrachtet, häufig neu interpretiert und tauchen im laufenden staatlichen Rundfunkprogramm auf Kanälen mit entsprechendem Profil auf. Nach der Übertragung des Rathausgeläutes Kopenhagens werden am 31. Dezember die Nationalhymne, die Königshymne und Kirchenlieder zum neuen Jahr mit Untertext zum Mitsingen gesendet. Die kirchlichen Hochfeste sind staatliche Feiertage. Ostern mit den Feiertagen von Gründonnerstag bis zum zweiten Osterfeiertag fällt dabei besonders ins Gewicht. Am Karfreitag wehen alle Fahnen auf Halbmast.

Gleichwohl besteht eine Scheu, über persönlichen Glauben (oder gar Glaubenspraxis) zu sprechen, selbst in theologischen Kreisen. Der einzelne möchte den Eindruck vermeiden, sich als fromm (und damit als „heiliger“ als andere) darzustellen. Theologisch wird diese Haltung von konservativen lutherischen Kreisen gefördert, da eine Sakralisierung der ihrer Auffassung nach rein bürgerlichen Kirche und eine von außen wahrnehmbare Glaubensprofilierung dem lutherisch formulierten Verdacht der Werkgerechtigkeit unterliegen.

Der Kirchgang wird nicht hoch bewertet: Zwei Prozent besuchen die Kirche (ohne spezielle Anlässe) einmal pro Woche, sieben Prozent einmal im Monat. Dennoch zeigen neueste Untersuchungen, daß die Dänen inzwischen christlicher geworden sind und mehr über Religion und Glauben sprechen⁹. Auch in der Öffentlichkeit wird deutlich: Schon seit Jahrzehnten ist nicht mehr so breit und so engagiert über Glaube, die Zukunft der Volkskirche und Religion allgemein diskutiert worden. An dem Verfahren gegen einen Pfarrer, der angeblich nicht mit dem Glaubensbekenntnis übereinstimmt, entzündeten sich heftige Debatten, sogar auf Seite eins von Tageszeitungen und mit größter Resonanz in allen Medien. Ausgangspunkt war ein Buch des Pfarrers gewesen¹⁰ und damit verbundene Interviews, in denen er zumindest den traditionellen Glauben an die Auferstehung, das ewige Leben und Gott für sich selbst abweist. Nach heftigen Diskussionen und der Androhung eines Verfahrens (einem theologischen Lehramtsverfahren vor öffentlichem Gericht) wurde er unter die Aufsicht eines anderen Bischofs gestellt. Auch der Tod und die Begräbnisfeierlichkeiten für Papst Johannes Paul II. fanden enorme Aufmerksamkeit und wurde in den verschiedensten Facetten in allen Medien beleuchtet.

Man mag die hier nur schematisch geschilderten Elemente als Teil einer „christentümlichen“ Gesellschaft deuten, vielleicht auch als eine problematische Einheit von Thron und Altar. Aber sie zeigen, daß die Kirche und das Christentum einen selbstverständlichen, wenn auch nicht hervorragenden Sitz im dänischen Leben haben. Dänemark ist ein christliches Land, insofern die Mehrheit der Bevölkerung sich prinzipiell als Christen betrachtet, die Kirche als Institution unterstützt und insbesondere die sozialen Werte, die man gemeinhin mit dem Christentum verbindet, für relevant hält. Es wäre also falsch, Dänemark als ein säkularisiertes Land zu bezeich-

nen, wenn man damit die Verbannung der Kirche aus dem öffentlichen Raum meint. Besonders die Volkskirche ist nämlich integrativer Referenzpunkt des öffentlichen Raums im eigentlichen, das heißt im architektonisch-künstlerischen, aber eben auch im übertragenen Sinn, besonders in der medialen Öffentlichkeit.

Das öffentliche Leben

Dänemark ist eine Kompromißgesellschaft. Ideal ist es stets, sich gütlich zu einigen, das heißt sich zu arrangieren. Dies gilt für die Politik, wo im Parlament Debatten selten laut werden, Zwischenrufe ungewöhnlich sind und normalerweise auch nicht applaudiert wird. Im alltäglichen Leben herrscht ein „Kammerton“, weswegen jemand, der sehr laut wird oder gar brüllt, peinlich oder komisch wirkt (oder beides zugleich). Aggression wird normalerweise durch Schweigen, sehr knappe Formulierungen oder ein leichtes Anheben der Stimme angedeutet.

Die Kompromißgesellschaft findet auch darin ihren Ausdruck, daß Minderheitenregierungen oder tolerierte Regierungen (wie die jetzige auch in ihrer zweiten Amtszeit) gängige dänische Praxis auf verschiedenen politischen Ebenen sind. Dazu gehört auch, daß der Staatshaushalt traditionell mit den Stimmen der Opposition angenommen wird, um die gemeinsame politische Verantwortung zu unterstreichen. Die öffentliche Verwaltung geht in direkter Linie auf den Absolutismus zurück, der am 16. Oktober 1660 juristisch (und am 18. Oktober 1660 durch öffentliche Huldigung) mit der Einführung des Erbkönigtums und der Abschaffung der Königswahl durch den Adel eingeführt wurde¹¹. Die öffentliche Verwaltung ist loyal und gilt als eine der unbestechlichsten, weswegen Dänemark sehr hoch in den sogenannten „Corruption Perceptions Indizes“ rangiert: so 2005 auf Platz vier nach Island, Finnland und Neuseeland¹². Bei Regierungswechseln werden auch administrative Spitzenbeamte der Ministerien nicht ersetzt.

Die Verwaltung ist die förmliche Säule Dänemarks. Es wird nach Regeln und bestimmten Praktiken verfahren. Auch werden bestimmte Sprachrituale – ein bestimmter traditioneller und gern unpersönlicher, aber sehr prägnanter amtlicher Sprachstil – eingehalten, besonders im Schriftverkehr. Daneben gibt es die andere Säule des formlosen Umgangs, wo das „Du“ inzwischen (außer bei Älteren und dem Königshaus, nicht aber z.B. dem Staatsminister) gängig ist und pragmatisch verfahren wird.

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist in den meisten Bereichen gegeben, auch was die Gehälter betrifft. Die meisten Frauen sind berufstätig. Es existiert ein umfangreiches System von Kinderhorten, Kindergärten, Freizeitordnungen. Frauen werden im Berufsleben nach Bestrebungen der feministischen Bewegung in den 70er Jahren nicht mehr geschlechtsspezifisch bezeichnet. Die Funktion soll gerade unabhängig vom Geschlecht dessen betrachtet werden, der sie wahrnimmt. Darin liegt zum Beispiel ein großer Unterschied zur deutschen feministischen Be-

wegung. Gleichberechtigung bedeutet auch, daß Frauen selbstverständlich Leitungsfunktionen auf allen gesellschaftlichen Ebenen in allen Bereichen innehaben.

Humor ist weit verbreitet, auch gern als Nebenbemerkung und in unterschwellig impliziter Form. Ironie wird hoch geschätzt. Beißende Satire, Karikaturen und Kabarett sind ebenfalls lang eingespielte Elemente der öffentlichen Debatte. Theaterkabarett, das hauptsächlich im Sommer geboten wird und auch politisch satirisch kommentiert, ist äußerst populär. In der Tagespresse dient dazu die letzte Seite der jeweiligen Hauptsektion; besonders die Zeitung „Politiken“ hat diesbezüglich eine lange Tradition ironisch-überspitzter Kommentare. Zu Weihnachten erscheinen Satirehefte, in denen alle Gruppen (angefangen beim Königshaus) Gegenstand des Humors sind. Es gibt selbstverständlich große regionale Unterschiede in der Anwendung, aber durchgehend bleibt der Humor eine wichtige Form des sozialen Umgangs in Dänemark, auch in ganz alltäglichen Situationen und zur Entspannung von sich entwickelnden Konflikten. Es ist aber wichtig zu betonen, daß das Lachen über einen anderen nicht unbedingt als Ausdruck der Respektlosigkeit gesehen wird. Auch wenn oder gerade weil zum Beispiel Königin Margrethe II. sehr hohes Ansehen genießt, lacht man gern über sie.

II. Der Streit um die Karikaturen

Vor diesem sozio-historischen Hintergrund entwickelte sich die zunehmend unkontrollierte Reaktion in der arabischen Welt auf den Abdruck von zwölf Karikaturen in einer dänischen Zeitung¹³. Diese Entwicklung ist an sich auffällig, denn wie viele Leser hat Jyllands-Posten zum Beispiel in Pakistan? Gleichzeitig ist es erfreulich zu sehen, daß eine Krise, die vor 100 Jahren sicherlich militärische Interventionen verursacht hätte, gerade nach den erfolgten Angriffen auf Botschaften im heutigen globalen Sicherheitssystem zumindest bis jetzt andere Mechanismen bewegt hat. Krieg ist in der Tat „ultima ratio“ geworden, was bei allem Pessimismus über den arabisch-westlichen Graben nicht zu unterschätzen ist.

Eine kleine Chronologie

Kåre Bluitgen, ein dänischer Kinderbuchautor, konnte für seine neue Einführung in den Islam¹⁴ zunächst keinen Zeichner finden, der sich traute, Mohammed darzustellen. Daraufhin beschloß die Zeitung Jyllands-Posten, 44 Zeichner zu bitten, ihr Bild von Mohammed zu zeichnen. Zwölf Angefragte reagierten, ihre Zeichnungen wurden am 30. September 2005 veröffentlicht. Sie sind als persönliche Kommentare der jeweiligen Zeichner zur Situation (also der Selbstzensur aus Furcht vor Repressalien) zu verstehen. Bei den Darstellungen handelt es sich um eine satirische Zeichnung, die Bluitgen selbst kritisiert (ohne Mohammed); eine reine Illustration, die einen bärti-

gen Mann zeigt (kein Hinweis auf Mohammed); eine satirische Zeichnung zur Situation mit verschiedenen Menschen (mit dänischer Politikerin und Jesus, aber ohne Mohammed); eine satirische Zeichnung („Was wäre, wenn Mohammed heute als Junge in eine dänische Volksschule ginge?“ – einziger Hinweis auf Mohammed im Text); eine satirische Zeichnung zur Selbstzensur (ohne Mohammed); eine satirische Zeichnung zu islamischen heiligen Krieger (mit Mufti, aber ohne Mohammed); eine satirische Zeichnung zu den Folgen der Satire (Angriff heiliger Krieger, ohne Mohammed); eine Karikatur eines bewaffneten Arabers mit zwei verhüllten Frauen (ohne Mohammed); eine Karikatur eines Arabers mit polierter Glorie in Halbmondform (kein Hinweis auf Mohammed); eine Zeichnung mit Minigedicht im Stil von Piet Hein (non-figurativ, daher ohne Mohammed); eine Zeichnung eines männlichen Gesichts im grünen Halbmond und mit Stern in einem Auge (könnte Mohammed darstellen); und schließlich eine Karikatur Mohammeds mit Bombe im Turban.

Die Botschafter von elf arabischen Länder wandten sich am 12. Oktober 2005 schriftlich an den dänischen Regierungschef Anders Fogh Rasmussen mit der Bitte, bei einer Begegnung mögliche rechtliche Schritte seitens der Regierung gegen die Zeitung zu erörtern¹⁵. Rasmussen lehnte dies in seiner Antwort indirekt ab und reagierte damit im Stil dänischer Verwaltungspraxis: Ein Treffen setzt eine Tagesordnung voraus, über die debattiert werden kann. Da aber der Inhalt der Bitte nicht zur Debatte stand – die dänische Regierung darf natürlich nicht gegen eine Zeitung vorgehen, da die freie Meinungsäußerung und die Pressefreiheit seit 1849 grundgesetzlich gesichert sind –, wollte Rasmussen kein solches Treffen abhalten. Konkret fußte seine Argumentation darauf, zum einen das verbriefte Recht der Pressefreiheit und freien Meinungsäußerung und zum andern die Wichtigkeit der 2003 mit arabischen Ländern initiierten „Partnerschaft für Fortschritt und Erneuerung“ hervorzuheben, deren Ziel gerade die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Dänemark und EU auf der einen, und Ländern in Nordafrika und im Nahen Osten auf der anderen Seite ist. Darauf wies er die Botschafter höflich hin¹⁶.

Daraufhin nahmen die ausländischen Proteste islamischer Kreise zu. Nachdem eine Gruppe von Imamen aus Dänemark im Januar 2006 mit nachweislich manipulierten Informationen mehrere arabische Länder bereist hatten sowie laufend dezidiert Falschmeldungen verbreitet wurden¹⁷, eskalierten die Proteste. Es kam zu massiven Demonstrationen, Übergriffen, Botschaftsverwüstungen und Boykotten von dänischen Waren und Dienstleistungen. Obwohl die Zeitung inzwischen bedauert hatte, bei Muslimen Anstoß erregt zu haben, weiteten sich Demonstrationen auf immer mehr Länder mit hohen Anteilen an Muslimen aus. Daraufhin empfahl das dänische Außenministerium am 8. Februar 2006 dänischen Staatsbürgern in seiner Reiseempfehlung, Afghanistan, Indonesien, Irak, Libanon, Palästina und Syrien zu verlassen und Reisen in alle anderen arabischen Länder nur bei gewichtigen Gründen anzutreten. Es wurde auch eigens ein Internetportal zu der Angelegenheit eingerichtet (www.drawings.um.dk).

Am selben Tag hatte Jyllands-Posten in einem offenen Brief an die „verehrten Mitbürger in der islamischen Welt“ – nach der ersten Entschuldigung am 30. Januar für erfolgte Kränkungen – unter anderem ausgeführt:

„Die zwölf Zeichnungen waren unserer Meinung nach anständig und nicht als Kränkung gedacht. Sie waren nicht in Widerspruch mit der dänischen Gesetzgebung, aber haben unabweisbar viele Moslems gekränkt, wofür wir uns entschuldigen. Unsere Initiative mit den zwölf Zeichnungen ist – vielleicht aufgrund kulturell bedingter Mißverständnisse – als eine Kampagne gegen Moslems in Dänemark und der restlichen Welt ausgelegt worden. Dieses muß ich auf das Bestimmteste zurückweisen. Gerade weil wir für die Religionsfreiheit eintreten und das Recht jedes einzelnen, seine eigene Religion zu praktizieren, respektieren, liegt es uns fern, jemanden unter Zuhilfenahme des Glaubens zu verletzen. Daß es offenbar trotzdem passiert ist, war folglich unbeabsichtigt. Als Folge der Diskussion über die Zeichnungen haben wir Treffen mit Vertretern der dänischen Moslems abgehalten, und diese Treffen haben in einer positiven und konstruktiven Stimmung stattgefunden. ... Es ist der Wunsch von Jyllands-Posten, daß verschiedene Bevölkerungsgruppen in Frieden und Harmonie miteinander leben, und daß die Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten, die stets eine dynamische Gesellschaft prägen werden, in gegenseitigem Respekt durchgeführt werden.“¹⁸

Es ist zu beachten, daß die Zeitung nicht die Veröffentlichung an sich entschuldigt, sondern die Kränkungen, die sie verursacht haben. Der Hinweis auf die kulturell bedingten Mißverständnisse deutet die Kluft an, die zwischen der oben geschilderten dänischen Gesellschaft und den Gruppen, die die Integration in sie wünschen, besteht.

Diplomatische Initiativen seitens der Regierung und verbündeter Regierungen schienen lange Zeit keine Frucht zu bringen. Das Abbrennen des „Dannebrog“ und von Photos in den muslimischen Ländern stieß in der dänischen Öffentlichkeit zunächst weniger auf Wut als auf Entsetzen. Wie Rasmussen bei seiner wichtigen Pressekonferenz am 7. Februar 2006 formulierte: „Wir sind so etwas einfach nicht gewohnt.“ Bei derselben Gelegenheit unterstrich er:

„Ich möchte gern diese Gelegenheit nützen, um zu Ruhe und Besinnung aufzurufen. Es ist eine ernste Situation, und es ist entscheidend, daß wir alle Ruhe bewahren. Dänemark ist eine friedliche Gesellschaft mit einer langen demokratischen Tradition. Wir benehmen uns ordentlich zueinander. Wir lösen Unstimmigkeiten durch Dialog. Das gilt in Dänemark, und das gilt für Dänemarks Verhältnis zu anderen Ländern. Das ist unsere Tradition.“¹⁹

Trotz der massiven Exponierung islamischer Milieus in Dänemark, die von diesen auch bewußt gesucht wurde, kam es in Dänemark zu keinen Ausschreitungen. Die Bevölkerung verhielt sich ruhig, es kam zu kleineren Sympathiekundgebungen für gegenseitigen Respekt. Selbst rechtsradikale Kreise lehnten das Verbrennen von Fahnen und Gewalt ausdrücklich als „undänische“ Formen der Auseinandersetzung ab.

III. Hintergründe des Streits

Im Jahr 2004 stammten von den 442036 Ausländern in Dänemark 313076 Personen, also 70,8 Prozent, aus nicht-westlichen Ländern. Der Beschäftigungsanteil dieser Gruppe beträgt nur 47 Prozent, das heißt weniger als die Hälfte aller 16- bis 64jährigen Einwanderer aus nicht-westlichen Ländern sind beschäftigt. Besonders Einwanderer und Nachkommen aus Somalia, Libanon, Afghanistan und dem Irak haben nur einen geringen Zugang zum Arbeitsmarkt²⁰. Dies erstaunt zunächst, da Dänemark seit Jahren einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. Die Arbeitslosenquote beträgt nur 5,1 Prozent (Dezember 2005)²¹. Da aber der dänische Arbeitsmarkt hohe Effizienz erfordert (zunehmend gestaltet sich z.B. der Geschäftsverkehr mit Behörden über das Internet), stellt dies hohe Anforderungen an die rekrutierte Arbeitskraft. Für Einwanderer mit nur sehr einfacher Bildung und mangelnden Sprachkenntnissen wird der Einstieg in den Arbeitsmarkt daher sehr mühsam, wenn er nicht ganz unterbleibt.

Außerdem erweist sich die Integration in die homogene dänische Gesellschaft als schwierig, gerade wegen der bewußt gewählten Selbstisolation bestimmter islamischer Gruppen, die eine Vermischung mit der dänischen Kultur nicht wünschen. Gleichzeitig belastet eine Reihe kultureller Eigenarten und Vorkommnisse das Verhältnis zur dänischen Bevölkerung: die Halalschlachtung; die Zwangsbeschneidung, insbesondere von Mädchen; die Zwangsehe; das Tragen der Burka und anderer Verhüllungen; das im Verhältnis zu dänischen Umgangsformen lautstärkere Gebaren; die herablassende Haltung von Einwanderern weiblichen Angestellten gegenüber im Gesundheits-, Schul- und Verwaltungsbereich sowie andere Ausdrucksformen des „Machismo“; etliche Gruppenvergewaltigungen dänischer Mädchen und ihre gängige Beschimpfung als „Huren“ im öffentlichen Raum; systematische Übergriffe gegen Homosexuelle; das Zurschaustellen von teuren Autos und Goldschmuck; die Weigerung, Arbeiten anzunehmen, die das Hantieren auch von eingepacktem Schweinefleisch, zum Beispiel an einer Supermarktkasse, bedingen; das Servieren von ausschließlich halalgeschlachtetem Fleisch in Kopenhagener Kindergärten und Grundschulen aufgrund islamischen Drucks; die Weigerung, Jungen und Mädchen gemeinsam schwimmen zu lassen; die öffentliche Kritik an den Werten der dänischen Gesellschaft. All dies führt bei vielen Dänen zu Unverständnis. Gerade vor dem oben geschilderten Hintergrund wirken diese Sitten im dänischen Kontext anstößig und für viele nicht einsichtig, wie die sehr lebhafteste Debatte darüber in den Medien zeigt.

Da die dänische Gesellschaft nicht auf Konflikt angelegt ist, bedeutet dies, daß sich die teilweise selbstgewählte Gettoisierung der Muslime durch die zunehmende Distanzierung der Dänen verstärkt. Die Isolation nimmt also zu, wodurch wiederum der Drang nach stärkerer Exponierung steigt. Je mehr jedoch islamische Themen öffentlich diskutiert werden, um so mehr nimmt die Bereitschaft ab, sich damit auseinander-

zusetzten. In diesem Licht ist auch der Erfolg der dänischen Volkspartei („Dansk Folkeparti“) zu sehen: Gerade weil die Integration der schon im Land befindlichen Einwanderer so schleppend verläuft, wünschen etliche Dänen die Begrenzung der Zuwanderung. Da besondere konservative islamische Milieus ihre Kinder nicht in dänischen Schulen unterrichten lassen wollen und daher eigene Schulen gründen, wird die Integration der nachwachsenden Generation dieses Milieus weiter erschwert.

Die Karikaturen, die aus dänischer Sicht gesehen eine gängige, vielleicht nicht sehr klug gewählte Form waren, erhalten in dieser Situation eine andere Bedeutung: Sie werden primär als Provokation verstanden, weil sie angeblich eine Kultur herabsetzen, die sich bereits in Verteidigungsposition fühlt. „Mohammed“ wird so auch zur Chiffre einer Identität, seine satirische Darstellung wird als Versuch der Erniedrigung des Kollektivs mit dieser Identität gedeutet. Die Weigerung der Regierung, gegen sie vorzugehen, erhält in diesem Licht den Rang einer Weigerung der Verteidigung dieses Kollektivs, das sich als Opfer dänischer Hegemoniebestrebungen, präziser säkularer Dänisierungstendenzen seitens der dänischen Gesellschaft sieht. In einer solchen Situation erscheint es nicht möglich, die Zeichnungen als einen Akt der Normalisierung zu sehen, das heißt der faktischen Gleichstellung von Muslimen mit anderen Bevölkerungsgruppen in Dänemark – auch und gerade im Bereich des Humors. Denn wenn Gott und die Welt gezeichnet und satirisch behandelt werden können, warum dann nicht auch der Islam²²?

Dies macht zugleich deutlich, daß der Konflikt in eine Vielzahl anderer Konflikte eingebettet ist: Frustration über den Ausgang des Irak-Kriegs und der Präsenz ausländischer Hilfstruppen in Afghanistan; Versuche extremer islamischer Parteien und Gruppierungen, größeren religiösen Einfluß auszuüben; innenpolitischer Druck nach Meinungsäußerungen in Diktaturen wie Syrien; der Wunsch seitens der nur sehr eingeschränkt demokratisch gewählten Regierungen, Dänemarks Einfluß in der Region zurückzudrängen, gerade weil Dänemark auf die Einhaltung von Menschenrechten und Demokratisierungsprozessen pocht; Frustration über den schleppenden Aufnahmeprozess der Türkei in die EU; ein generelles Gefühl der Unterlegenheit in Teilen der arabischen Welt gegenüber dem Westen; eklatant schlechte Wirtschaftslage wie zum Beispiel in Palästina; und schließlich die günstige Gelegenheit, geballte Aggressionen gegen die USA auf einen ihrer kleinsten Alliierten zu konzentrieren – Saudi-Arabien hätte wohl kaum dieselben Ausschreitungen gegen US-amerikanische Interessen zugelassen.

Die dänische Bevölkerung scheint, zumindest laut den veröffentlichten Umfragen, in ihrer Betrachtung der Krise gespalten (wie bei anderen großen Fragen, z.B. EU-Abstimmungen): Grob gesprochen lehnt eine Hälfte der Bevölkerung entweder die Zeichnungen als unklug oder als verletzend ab, während die andere sie für angemessen hält.

Gemäßigte Muslime versuchen nun, sich bewußt von den stark konservativen islamischen Kreisen zu distanzieren und zugleich die dänische Werte- und Gesell-

schaftsordnung zu verteidigen. Sie haben dazu die Vereinigung moderater Muslime gegründet. Islamischerseits werden sie dafür von stark konservativen Gruppen scharf kritisiert, weil sie als Verräter betrachtet werden.

Ein Aufbrechen der sich gegenseitig verstärkenden Verklammerung zwischen einer sehr konservativen Interpretation des Islams und muslimischer Lebensführung an sich scheint entscheidend, um die positiven Säkularisierungsgehalte neuzeitlicher Demokratie mit den gemäßigten Formen des Islams verbinden zu können. Für die gemäßigten Muslime kann der Streit um die Karikaturen zur Hilfe im Sinn einer „felix culpa“ werden, welche ihnen die Integration in die dänische Gesellschaft erleichtert, da sie gerade nach der erschütternden Erfahrung geballter islamischer Machtdemonstration diesen gemäßigten Kreisen offener begegnen wird. Gleichzeitig lehrt diese Geschichte zweierlei: In einer globalen Gesellschaft gibt es keine Gewähr dafür, daß die Kommunikation von Akteuren sich auf den Aktionsradius der Akteure begrenzt. Das Wort ist in der Tat frei geworden. Wenn aber zum Beispiel Satire aus ihrem Kontext herausgelöst wird, kann sie Funktionen und Bedeutungen erhalten, die von niemandem genau vorherzusehen sind.

Zum andern zeigt die Angelegenheit, daß sich die Meinungs- und Pressefreiheit in der globalen Gesellschaft weitaus häufiger hinsichtlich ihrer Grenzen rechtfertigen muß. Der Abschied von der Homogenität einer Gesellschaft und ihres immanenten Diskurses bedingt die Notwendigkeit, die Grundlagen und die Grenzen unseres Handelns in heterogenen Kontexten angemessen verteidigen zu können. Die Geschichte der zwölf Karikaturen illustriert, daß dieser Prozeß erst begonnen hat und zudem sehr schmerzlich sein wird.

ANMERKUNGEN

¹ Vgl. www.oeresundsbron.dk sowie www.scania.org, wo die schonische Problematik gut illustriert ist.

² Vgl. Skov og Naturstyrelsen (Miljøministeriet), in: Nyhedsbrevet Skov og Natur Tema, nr. 1, 26. 2. 2003.

³ Vgl. P. Tygesen, Congo – formoder jeg. Fortællinger fra drømmeland (Centrum 2001).

⁴ Ministeriet for Flygtninge, Indvandring og Integration: Årbog om Udlændinge i Danmark 2004. Status og Udvikling (København 2004) 15f.

⁵ Vgl. Danmarks Statistik: www.dst.dk

⁶ Paragraph 4 des Grundgesetzes von 1953 bestimmt, daß die evangelisch-lutherische Kirche die dänische Volkskirche ist und als solche vom Staat unterstützt wird.

⁷ Laut Paragraph 66 des Grundgesetzes wird die Verfassung der Volkskirche per Gesetz geregelt. Einige interpretieren dies dahingehend, daß die einzelnen Gesetze und Erlasse folglich Regelungen dieser Verfassung seien, während andere auf eine gesonderte Regelung dieser Verfassung drängen.

⁸ In seiner Religionszugehörigkeit ist der Monarch laut Grundgesetz gebunden: Er muß Mitglied dieser Kirche sein und ist damit als einziger Däne in seiner Religionszugehörigkeit nicht frei.

⁹ Vgl. T. Kirkegaard, Nyreligøsiteten vokser i Danmark, in: Den nye Dialog, nr. 99 (März 2005).

¹⁰ Vgl. T. Grosbøll, En sten i skoen (Frederiksberg 2003).

¹¹ Bezeichnend für die Kontinuität ist, daß das heutige Staatsministerium noch immer in dem schon 1715 bis 1720 für die Zentralverwaltung errichteten Roten Palais angesiedelt ist; vgl. O. Lind u. A. Lund, *Arkitektur Guide København* (København 1996) 151.

¹² Vgl. Transparency International Press Release London/Berlin, 18.10.2005: Transparency International Corruption Perceptions Index 2005, 5. Das bedeutet nicht, daß es in Dänemark überhaupt keine Korruption gibt, aber Bestechung ist in der öffentlichen Verwaltung unüblich. Dagegen kommt Vetternwirtschaft auf verschiedenen Ebenen (Arbeitsplätze, Wohnungen) vor, was gelegentlich öffentlich diskutiert wird.

¹³ Eine Chronologie in deutscher Sprache findet sich auf der Homepage der Jyllands-Posten: <http://www.jp.dk/udland/artikel:aid=3545070:fid=11330/>

¹⁴ K. Bluitgen, *Koranen og profeten Mohammeds liv: fortælling efter islams ældste kilder* (København 2006).

¹⁵ Vgl. die pdf-Datei des Briefs in: <http://gfx-master.tv2.dk/images/Nyhederne/Pdf/side1.pdf> sowie <http://gfx-master.tv2.dk/images/Nyhederne/Pdf/side2.pdf>

¹⁶ Vgl. die pdf-Datei dieses Briefs: <http://gfx-master.tv2.dk/images/Nyhederne/Pdf/side3.pdf>

¹⁷ Vgl. z. B. www.dr.dk: Historien om en fjer, fem høns og 12 tegninger. 7.2.2006, 22:1. Hier werden folgende Behauptungen widerlegt: 1. Es gab nur zwölf und nicht 120 Zeichnungen. 2. Jyllands-Posten gehört nicht der Regierungspartei an, und diese ist auch keine extremistische Rechtspartei. 3. Mohammed ist nicht als Weihnachtsmann, Frau oder mit Schweinenase abgebildet (dieses angebliche Bild wurde einer französischen Schweinegrunzkonkurrenz entnommen und somit zweckentfremdet). 4. Dänen brennen den Koran nicht in den Straßen ab. 5. Dänische Behörden haben nicht die Absicht, Verse im Koran zu löschen. 6. Die dänische Regierung plant nicht, einen kritischen Film über Mohammed zu drehen. 7. Königin Margrethe II. hat nicht zum Widerstand gegen den Islam aufgefordert. 8. Das Treffen mit den elf arabischen Botschaftern wurde nicht abgelehnt, weil die Sache um die freie Meinungsäußerung ginge, sondern weil sie den Wunsch geäußert hatten, die Regierung möge einschreiten. 9. Muslimische Kinder werden in dänischen Kindergärten nicht indoktriniert. 10. Der betreffende Kopenhagener Stadtteil hat nicht einen Muslimanteil von 80, sondern zwischen 25 und 30 Prozent. (Die Informationen sind weitgehend der Internetseite des dänischen Außenministeriums entnommen, vgl. www.drawings.um.dk/en).

¹⁸ Original deutsch; vgl. <http://www.jp.dk/udland/artikel:aid=3545072:fid=11330/>

¹⁹ Statsministerens indledende kommentarer på dansk på pressemødet den 7. februar 2006 (Übersetzung L. R.); vgl. www.stm.dk

²⁰ Vgl. A. 4.

²¹ Beskæftigelsesministeriet: Konjunktur og arbejdsmarked uge 5 (30. januar – 3. februar 2006). Im Jahresdurchschnitt lag die Arbeitslosigkeit bei 5,7 Prozent.

²² So H. Hauge, *Ny form for ytringsfrihed vil få kulturelle konsekvenser*, in: *Kristeligt Dagblad*, 8.2.2006, 9.